



Kija, Meraner Straße 5, 6020 Innsbruck, Österreich

Amt der Tiroler Landesregierung
Abteilung Verfassungsdienst
per E-Mail an: verfassungsdienst@tirol.gv.at

Meraner Straße 5
6020 Innsbruck
+43 512 508 3792
kija@tirol.gv.at
www.kija-tirol.at

Informationen zum rechtswirksamen Einbringen und
Datenschutz unter www.tirol.gv.at/information

Geschäftszahl – beim Antworten bitte angeben

Kija-RE-2000/88-2023
Innsbruck, 06.02.2023

**Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Tiroler Veranstaltungsgesetz 2003
geändert wird;
GZ: VD-82/223-2022**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Unter Bezugnahme auf das Schreiben des Verfassungsdienstes, VD-82/223-2022, wird seitens der Kinder- und Jugendanwaltschaft Tirol zur geplanten Änderung des Tiroler Veranstaltungsgesetzes 2003 folgende Stellungnahme abgegeben:

Bezüglich der Parental Guidance bei Filmvorstellungen gab es die letzten Jahre bereits einige Diskussionen und Änderungen. Bis zur Novelle LGBl. Nr. 161/2021 zum Tiroler Veranstaltungsgesetz 2003 durften Kinder und Jugendliche in Begleitung einer volljährigen und entscheidungsfähigen Aufsichtsperson auch Filmvorführungen besuchen, für die eine um höchstens drei Jahre höhere Altersstufe festgelegt worden ist, sofern die Filme nicht mit einem Jugendverbot versehen waren. Nun soll diese Möglichkeit wiedereingeführt werden, jedoch nur für Filmvorführungen mit einer Altersfreigabe bis einschließlich zum vollendeten 14. Lebensjahr.

Grundsätzlich haben wir gegen die Wiedereinführung der Parental Guidance bis zu einer bestimmten Altersfreigabe nichts einzuwenden. Wir möchten jedoch darauf hinweisen, dass in der jüngsten Vergangenheit, in welcher in Tirol das Unterschreiten der Altersfreigabe nicht erlaubt war, dies höchstwahrscheinlich kaum beachtet wurde. Dies ist alleine deswegen anzunehmen, da manche Kinos auch nach der Novelle LGBl. Nr. 161/2021 zum Tiroler Veranstaltungsgesetz 2003 auf ihren Homepages weiterhin die Möglichkeit der Parental Guidance angeführt hatten.

Wichtig ist somit, dass die Einhaltung der Bestimmungen in Zukunft auch kontrolliert wird. Auch wir sehen den Strafrahmen von bis zu 5.000 € als angemessen und ausreichend an, appellieren jedoch, dies auch tatsächlich zu vollziehen.

Gegen die Aufhebung der Regelung, wonach die Überwachungsbehörde eine Veranstaltung bei Nichteinhaltung der Regelungen über das gesetzliche oder ein festgesetztes Mindestalter einzustellen hat, haben wir keine Einwände.

Mit freundlichen Grüßen

HRⁱⁿ Mag.^a Elisabeth Harasser
Kinder- und Jugendanwältin für Tirol

Mag.^a Simone Altenberger
Juristin